



Berufs- und Bildungspolitik

Empfehlungen Herbstsession 2017 11.09.2017 – 29.09.2017

Vorschau im Überblick

DATUM	RAT	EMPFEHLUNG
	STÄNDERAT	
21.9.2017	15.3157 Motion Nationalrat (Aebischer) Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen	Ablehnung
	17.031 Geschäft des Bundesrats Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 zusammen mit 17.3630 Motion (Ständerat WBK) Vollassoziierung an Erasmus+ ab 2021	Annahme
27.9.2017	16.439 Parlamentarische Initiative Ständerat (Kuprecht) Stärkung der Kantonsautonomie bei den regionalen Stiftungsaufsichten über das BVG	Ablehnung
28.9.2017	16.074 Volksinitiative Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)	Ablehnung ohne Gegenvorschlag
	NATIONALRAT	
11.9.2017	16.453 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Bertschy) Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit	Folge geben
18–28.9.2017	Ergänzungen zu den Tagesordnungen Gebündelte parlamentarische Vorstösse aus WBF, EJPD und EDI	Siehe unten
19./20.9.2017	17.030 Volksinitiative Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten	Empfehlung zur Ablehnung mit Gegenvorschlag

Ständerat

21.9.2017

15.3157 Motion Nationalrat (Aebischer)

Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung der Motion

Bei der Einstufung der Berufsbildungsabschlüsse in den Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) haben die Trägerschaften ein Antragsrecht, der definitive Entscheid liegt jedoch beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Der Entscheid wird nach einer Expertenkonsultation und einem Konsensverfahren gefällt. Die Motion verlangt nun die Einrichtung einer Ombudsstelle und rechtliche Einsprachemöglichkeiten. Der Kaufmännische Verband lehnt diese Motion ab. Das bisherige Verfahren bei der NQR-Einstufung bildet die konsensorientierte und partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Berufsbildung ab, in welcher der Bund die Entscheidungsverantwortung übernimmt.

17.031 Geschäft des Bundesrats

Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Annahme des Kredits

Durch den Kredit in der Höhe von 114,5 Mio. Franken soll die internationale Mobilität im Bildungsbereich für die Jahre 2018-2020 gesichert werden. Diese „Schweizer Lösung“ versucht Nachteile aufzufangen, die mit der nach wie vor fehlenden Assoziierung an das europäische Programm „Erasmus+“ entstehen. Der Kaufmännische Verband hat sich in der Vergangenheit regelmässig zu den individuellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteilen der Mobilität im Bildungsbereich geäussert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Mobilität in der Berufsbildung – unter anderem durch die nationale Agentur Movetia – stärker gefördert werden muss. So floss der überwiegende Anteil der finanziellen Mittel in den vergangenen drei Jahren in Mobilität in der Tertiärstufe. Der Kaufmännische Verband erachtet den Vorschlag des Bundesrates als vertretbare Übergangslösung und empfiehlt deshalb die Annahme der Vorlage. Gleichzeitig sieht er eine möglichst rasche Vollasoziiierung an „Erasmus+“ als notwendig an und unterstützt somit die gleichzeitig durch die Kommissionsmehrheit der WBK-S eingereichte Motion „17.3630 s Mo. Vollasoziiierung an Erasmus+ ab 2021“.

27.9.2017

16.439 Parlamentarische Initiative Ständerat (Kuprecht)

Stärkung der Kantonsautonomie bei den regionalen Stiftungsaufsichten über das BVG

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung der parlamentarischen Initiative

Die parlamentarische Initiative verlangt mehr Kantonsautonomie bei den regionalen Stiftungsaufsichten über das BVG. Für den Kaufmännischen Verband ist es wichtig, dass die Unabhängigkeit der Aufsichtsorgane in der beruflichen Vorsorge gewährleistet bleibt und

mögliche Interessenkonflikte vermieden werden. Es ist wichtig, dass Versicherte in allen Kantonen mit denselben Rahmenbedingungen bezüglich Stiftungsaufsicht rechnen können.

28.9.2017

16.074 Volksinitiative

Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung ohne Gegenvorschlag

Die Vollgeld-Initiative fordert einen radikalen währungspolitischen Systemwechsel. Der Kaufmännische Verband hat zwar Sympathien für den Ruf nach einer Reduktion der Risiken im Kreditsektor im Zuge der Finanzkrise. Die bisher getroffenen, bzw. vorgeschlagenen Massnahmen (Too-Big-to-Fail etc.) zur Regulierung des Finanzsektors gehen unserer Meinung nach jedoch in die richtige Richtung und bergen nicht die Risiken eines solchen Systemwechsels.

Nationalrat

11.9.2017

16.453 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Bertschy)

Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit

Der Kaufmännische Verband empfiehlt der Initiative Folge zu geben

Ein Vaterschaftsurlaub oder eine Elternzeit kann nach der Geburt dazu beitragen, dass die Kinderbetreuung von Anfang an nicht nur als Aufgabe der Mutter betrachtet wird. Dies fördert die Gleichberechtigung und mittel- und langfristig auch die Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt. Für Frauen wird der Anreiz, nach dem Mutterschaftsurlaub wieder substanziell in den Arbeitsmarkt einzusteigen, jedoch vor allem mit einer Elternzeit erhöht, da die Familienarbeit gleichberechtigt aufgeteilt werden kann. Das Potenzial an weiblichen Fachkräften kann dadurch besser genutzt und deren Erwerbsbeteiligung erhöht werden. Davon profitieren auch Unternehmen – der Arbeitsmarkt ist auf gut qualifizierte Frauen angewiesen. Dies trägt zu einem höheren Erwerbseinkommen der Frauen resp. der Haushalte bei, was wiederum einen positiven finanziellen Effekt auf Steuereinnahmen und Sozialversicherungen haben wird und die Bildungsrendite für den Staat und die Gesellschaft erhöht.

19./20.9.2017

17.030 Volksinitiative

Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten

Empfehlung zur Ablehnung mit Gegenvorschlag

Die vom Parlament am 16. Dezember 2016 beschlossene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative schränkt den freien Personenverkehr mit EU/EFTA-Ländern

nicht ein und ist nach Angaben des Bundesrats mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU kompatibel. Eine Antwort der EU dazu ist allerdings noch ausstehend. Der Zuwanderungsartikel wird durch die Gesetzesänderung in der Verfassung hingegen nur teilweise umgesetzt. Der vorgeschlagene Weg über die Stellenmeldepflicht ist zudem eine bürokratische Herausforderung mit ungewissem Nutzen und Kosten für Arbeitgeber und die öffentliche Hand. Die Referendumsfrist zur Änderung des Ausländergesetzes ist abgelaufen und das Parlament hat keine Möglichkeit zu den Ausführungsverordnungen Stellung zu nehmen. Diese waren bis zum 6. September in der Vernehmlassung. Der Kaufmännische Verband empfiehlt, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, jedoch selber einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, welcher z.B. die Verankerung eines Europaartikels in der Verfassung vorsieht. Das Volk hätte demnach eine echte Alternative zur faktischen Wiederholung der MEI-Abstimmung.

Ergänzungen zu den Tagesordnungen

18.09.2017

Ergänzung zu den den Tagesordnungen: Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

17.3222 Postulat Nationalrat (Derder)

Digitale Wirtschaft. Die Arbeitsplätze der Zukunft und Massnahmen für ihre Förderung in der Schweiz identifizieren

[Annahme](#)

15.3839 Motion Nationalrat (Munz)

Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung

[Annahme](#)

15.3847 Motion Nationalrat (Schneider-Schneiter)

Zukunft des Arbeitsmarktes Schweiz. Sind wir für die sich abzeichnenden Entwicklungen gerüstet?

[Annahme](#)

15.3909 Postulat Nationalrat (Quadri)

Kantonale Mindestlöhne. Den Handlungsspielraum der besonders betroffenen Kantone moderat erweitern

[Ablehnung](#)

15.3914 Motion Nationalrat (Carobbio Guscetti)

Optimierung der flankierenden Massnahmen in besonders betroffenen Gebieten

[Ablehnung](#)

15.3979 Motion Nationalrat (Thorens Goumaz)

Plattform für die Industrie 4.0

[Ablehnung](#)

15.3980 Postulat Nationalrat (Fraktion Grüne)

Industrie 4.0. Beurteilung der Chancen und Risiken

[Annahme](#)

15.4089 Motion Nationalrat (Schneider-Schneiter)

Für eine zeitgemässe Arbeitszeiterfassung

Ablehnung

15.4111 Postulat Nationalrat (Munz)

Fachkräftemangel. Situationsanalyse

Ablehnung

15.4136 n Mo. Quadranti. Berufsbildung. Die staatliche Anerkennung von höheren Fachschulen ist Bundessache

Ablehnung

19./20./26.09.2017

Ergänzung zu den den Tagesordnungen: Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD

16.3294 Motion Nationalrat (Quadri)

**Ausarbeitung eines Entwurfes für eine Eintrittsabgabe für
Grenzgängerinnen und Grenzgänger**

Ablehnung

16.3297 Motion Nationalrat (Derder)

Führung der Strategie Digitale Schweiz verstärken

Annahme

28.09.2017

Ergänzung zu den den Tagesordnungen: Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

15.4123 Motion Nationalrat (Feller)

**Ausgleichsfonds AHV/IV/EO. Vergabe der extern verwalteten
Portfolios an Vermögensverwalter mit Sitz in der Schweiz**

Ablehnung

15.4133 Motion Nationalrat (Amaudruz)

**Freizügigkeitsguthaben. Das Verlassen der Schweiz als
Wegzug definieren**

Ablehnung

15.4174 Motion (Feller)

**Bekämpfung der Schwarzarbeit. Erstellung eines Verzeichnisses
getroffener und geplanter Massnahmen der AHV
Ausgleichskassen und eines Best-Practice-Katalogs**

Ablehnung

16.3035 Motion Nationalrat (Feller)

**Vertretung der Pensionierten in den Organen ihrer
Pensionskassen**

Ablehnung

16.3065 Postulat Nationalrat (Béglé)

**Für ein flexibles Rentenalter ab dem 58. und über das 70.
Altersjahr hinaus ohne negative Auswirkungen**

Ablehnung